

Dezember 2010  
Ausgabe 5  
17. Legislatur

# Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen  
Grünen im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

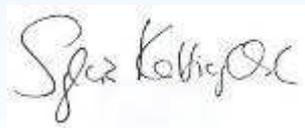
zum Jahreswechsel ein letzter „Rechenschaftsbericht“ eurer MdBs für 2010.

Unser Bogen spannt sich diesmal vom Beschäftigtendatenschutz, der Vorratsdatenspeicherung und der Bürgerversicherung über den schwarz-gelben Bundeshaushalt und die grüne Industriepolitik bis zu den Stiefkindern des deutschen Schulsystems und Geißlers paradoxem Schlichterspruch. Unter der Rubrik „global denken – grün handeln“ kommentieren wir die unnachhaltige Irland-Rettung, das neue strategische Konzept der NATO und den von uns vereitelten Atommüll-Transport nach Majak.

Viel Spaß bei der Lektüre in der kommenden Verschnaufpause rund um die Feiertage. Gönnen euch eine Pause - wir haben sie alle nötig, wenn wir ab Januar mit Volldampf in den Wahlkampf wollen. Mit dem gemeinsam erarbeiteten Wahlprogramm im Rücken, dem Spitzenteam als Zugpferde und unseren vielen guten Kandidatinnen und Kandidaten, von denen sich diesmal viel mehr als sonst berechnete Hoffnungen auf den Einzug in den Landtag machen können, wird dieser Wahlkampf einer mit viel Lust und Power für uns werden.

Auf ein gutes grünes 2011!

Mit herzlichen Grüßen  
von eurer Landesgruppe



Inhalt	Seite
Kerstin Andreae	2
Biggi Bender	4
Alex Bonde	6
Winne Hermann	8
Ingrid Hönlinger	10
Memet Kilic	12
Sylvia Kotting-Uhl	14
Fritz Kuhn	16
Agnieszka Malczak	18
Beate Müller-Gemmeke	20
Gerhard Schick	22





## Kerstin Andreae

Sprecherin für Wirtschaftspolitik

### Wirtschaftspolitische Rückblick 2010

Seite 2

Meinen Beitrag zum letzten SüdwestGrün in diesem Jahr möchte ich für eine wirtschaftspolitische Rückschau nutzen. Ob Fachkräftemangel, Eurokrise oder Energiewirtschaft: Keine Baustelle an der die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht kläglich scheiterte. Bundeswirtschaftsminister Brüderle macht sich gut in Ankündigungen und viel heißer Luft. Von zukunftsorientierter Sachpolitik aber keine Spur. Dafür fliegen innerhalb der Regierungskoalitionen immer öfter die Fetzen. Die Bundesregierung ist weit davon entfernt, Lösungen für die drängenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft zu liefern.

#### *Der Euro in der Krise*

Die Euro-Krise schwelt weiter: Nach Griechenland-Rettung und Euro-Rettungspaket nun Hilfen für Irland. Das zeigt, dass die Währungsunion ohne wirkliche Wirtschaftsunion langfristig nicht funktionieren kann. Zwischen den Euro-Ländern haben sich große Ungleichgewichte aufgebaut, die den Bestand des Euro bedrohen. Die EU will künftig genauer hinschauen, wie sich wirtschaftliche Kennziffern in den Mitgliedsländern entwickeln. Das ist ein wichtiger Schritt zu einer europäischen Wirtschaftspolitik, die auch gemeinsame Steuerungsaufgaben übernimmt. Wir haben konkrete Vorschläge entwickelt. Klar ist: Es ist zunächst die Aufgabe der Defizit-Länder, ihre Haushaltslöcher abzubauen, ihre Steuersysteme fit zu machen und Wettbewerbsfähigkeit zurück zu gewinnen. Die unsolide Haushaltspolitik ist ein Bremsklotz für die wirtschaftliche Entwicklung. Aber: Überschussländer wie Deutschland sind gut beraten, den Abbau der Ungleichgewichte zu unterstützen. Staatspleiten würden auch unsere inländische Wertschöpfung und Arbeitsplätze schädigen. Solche Reformschritte werden von der schwarz-gelben Bundesregierung bislang torpediert.

#### *Kammern der Zukunft*

Im Mai hatte ich VertreterInnen der Kammern, Gewerkschaften, Kammerkritiker und Kammerrechtler zu einem Fachgespräch „Kammern der Zukunft“ eingeladen. Das deutsche Kammerwesen steht ja nicht erst seit Kurzem in der Kritik: Verkrustete Strukturen, Intransparenz bei Entscheidungsprozessen und den Finanzen und leider immer öfter politisch einseitige Äußerungen der Kammerfunktionäre. Auf der anderen Seite erfüllen Kammern aber wichtige hoheitliche Aufgaben, insbesondere im Ausbildungs- und Weiterbildungsbereich. Ein Ergebnis dieses Fachgesprächs: Kammern müssen sich grundlegend reformieren, sie müssen sich öffnen und für ihre Mitglieder attraktiver machen. Die einzelnen Forderungen, die sich daraus ergeben, haben wir in einem Positionspapier zusammengetragen, welches wir im nächsten Jahr veröffentlichen werden.

#### *Grünes Energiekonzept beweist: Wir brauchen keine Brückentechnologie zu den Erneuerbaren*

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist lebensgefährlich, teuer, schützt das Klima nicht und erzeugt hochgefährlichen Müll. Wir haben mit unserem „Energiekonzept 2050 – sicher erneuerbar“ nachgewiesen, dass mit mehr Effizienz, Energieeinsparung, grüner Beschaffung, intelligenten Netzen und dem Ausbau der Erneuerbaren eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung 2050 möglich ist, ohne längere Atomlaufzeiten und ohne neue

## Kerstin Andreae

Sprecherin für Wirtschaftspolitik

Mitglied Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227-71480

Fax 030 / 227- 76481

[kerstin.andreae@bundestag.de](mailto:kerstin.andreae@bundestag.de)

## Wahlkreisbüro Freiburg

Haslacher Str. 61

79115 Freiburg

Tel. 0761 / 8886713

Fax 0761 / 8886714

[kerstin.andreae@wk.bundestag.de](mailto:kerstin.andreae@wk.bundestag.de)

[www.kerstin-andreae.de](http://www.kerstin-andreae.de)

Seite 3

Kohlekraftwerke. Die Laufzeitverlängerung behindert Investitionen in erneuerbare Energien, zementiert die Wettbewerbsposition der Atomkraftbetreiber und schädigt die regionale Wertschöpfung. Das bestätigt unsere Umfrage bei den Stadtwerken: Rund zwei Drittel der antwortenden lokalen Energieversorger in Baden-Württemberg erwarten starke wirtschaftliche Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf ihr Stadtwerk. Nur jeder Sechste glaubt den Versprechen der Bundesregierung, dass die Laufzeitverlängerung zu sinkenden Strompreisen führen wird. Faire Strompreise bekommen wir nur mit mehr Wettbewerb. Wir fordern deshalb ein Entflechtungsinstrument für marktbeherrschende Unternehmen und werden unseren Antrag im Plenum zur Abstimmung stellen.

### *Fachkräftemangel: Schwarz-gelb schafft kein überzeugendes Konzept*

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist widersprüchlich. Bei fast 3 Mio. Arbeitslosen kann nicht von einem allgemeinen Fachkräftemangel gesprochen werden. Aber: Die Lage in einzelnen Teilarbeitsmärkten ist angespannt und ein Vorbote dessen, was mit der demographischen Entwicklung auf uns zukommt. So fehlen bereits jetzt 36.000 Ingenieure, 43.000 IT-Fachleute, in der Pflege herrscht Notstand und auch der Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschule braucht mehr gut ausgebildete Fachkräfte. Wir haben ein strategisches Gesamtpaket vorgelegt aus Qualifizierung und Aktivierung der Menschen hier, einen Schwerpunkt auf Bildung und Fortbildung, die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und auch Zuwanderung. Wichtig ist ein deutliches Signal für eine neue Willkommenskultur. Nennenswerte Zuwanderung von Fachkräften findet in den letzten Jahren nicht mehr statt. Auch weil Unternehmen für Fachkräfte aus dem Ausland hohe Mindestgehälter von 66.000 Euro zahlen müssen,

wenn sie ein aufwändiges Prüfverfahren vermeiden wollen. Das ist gerade für den Mittelstand unrealistisch. Wir haben deshalb einen Gesetzentwurf vorgelegt, der diese Mindestgehaltsgrenze auf realistische 40.000 Euro absenkt. Die Koalition hat unseren Vorschlag abgelehnt, schwarz-gelb will bei der Zuwanderung allenfalls kosmetische Änderungen und auch mehr Qualifizierung für die Einheimischen bleibt ein reines Lippenbekenntnis.

### *Letztendlich erfolgreich - ein Jahr lang Werbetour für die Wachstums-Enquete*

Ein Jahr lang haben wir „Klinken geputzt“ und für unsere Idee geworben – jetzt hat der Bundestag die Enquête-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft" eingesetzt. Es ist höchste Zeit dafür, denn Klimawandel und Ressourcenverknappung zwingen uns zum Wandel. Noch haben wir die Chance diesen Prozess zu gestalten. Dafür brauchen wir einen Instrumentenkasten, der die Effizienzrevolution in der Wirtschaft beschleunigt und für eine weitgehende Entkopplung des Wirtschaftens vom Ressourcenverbrauch sorgt. Es geht um Kreislaufwirtschaft, neue Mobilitätskonzepte, die Zukunft des Bauens und Wohnens. Und wir müssen ein Dilemma lösen: Wir brauchen Prosperität und Einnahmen aber unser derzeitiges Wachstumsmodell zerstört Lebensgrundlagen. Ein Ausweg wird die industrielle grüne Revolution sein, wir müssen aber auch Wege für nachhaltige Arbeits-, Lebens- und Konsumstile eröffnen und diskutieren, wie gerechte Teilhabe und soziale Sicherung der Zukunft aussehen werden.



## Biggi Bender

Sprecherin für Gesundheitspolitik



# Die Bürgerversicherung ist kein Luftschloss

Seite 4

Spätestens seit unserer Freiburger BDK sollte unseren politischen Gegnerinnen und Gegnern klar sein, dass die grüne Bürgerversicherung kein Luftschloss ist. Mit unserem im Oktober im Bundestag vorgelegten Gutachten haben wir konkrete Zahlen vorgelegt und wir Grüne führen eine lebhafte und offene Debatte um die Bürgerversicherung.

### *Konzeptlosigkeit bei politischen Gegnern*

Die anderen Parteien, die sich eine Bürgerversicherung auf ihre Fahnen geschrieben haben, sind plan- und ziellos. Die Linke kündigt in gewohnter Weise ein nebulöses „Wünsch-Dir-was-Konzept“ an, ohne auch nur im Ansatz zu wissen, wie das Konzept umgesetzt werden kann. Eine Partei, die nicht regieren will, muss das auch nicht. Die SPD verspricht seit Monaten ein ausgereiftes Bürgerversicherungsmodell. Ihre Eckpunkte strotzen jedoch nur so von Inhaltsleere. Sie enthalten keine einzige konkrete Zahl. Festlegen wollen sich die Sozialdemokraten überhaupt nicht, denn sie haben Angst, einen Teil ihrer Wählerinnen und Wähler zu verprellen – Schweigsamkeit funktioniert jedoch nicht ewig.

Unsere Botschaft ist eindeutig: Mit der Bürgerversicherung wird der überwiegende Teil der Bevölkerung finanziell entlastet. Entlastungen entstehen, weil wir die gesamte Bevölkerung einbeziehen und neben den Beiträgen, die auf Löhne und Gehälter erhoben werden, auch Gewinne, Miet- und Kapitaleinkünfte berücksichtigen. Außerdem haben wir auf der Freiburger BDK die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze beschlossen, also eine zusätzliche Belastung für Besserverdienende. Kritikerinnen und Kritiker werfen uns vor, wir würden uns gegen „die Mittelschicht“ stellen. Ein genauer Blick verschafft Klarheit. Fast alle Menschen mit einem Einkommen bis 4.500 € Bruttogehalt aus unselbststän-

diger Arbeit werden entlastet, wenn die Bürgerversicherung als Gesamtkonzept auf einen Schlag realisiert wird. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2008 verdeutlicht, wie viele Menschen von der Bürgerversicherung profitieren. Die durchschnittlichen realen Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit betragen im Jahr 2005 23.684 Euro (bei den Vollzeitbeschäftigten waren es 33.687 Euro). Natürlich spiegeln diese Zahlen nicht das gesamte Vermögen der deutschen Bevölkerung wider, dennoch sind sie ein wichtiger Anhaltspunkt für die Einkommenssituation in Deutschland. Die Bürgerversicherung steht für Umverteilung von „oben“ nach „unten“, und die Besserverdienenden in diesem Sinne sind gewiss keine Millionäre und meist unsere Wählerinnen und Wähler. Das Rechenmodell als solches ist gut erklärbar, wie die Zahlen zeigen. Aber den Kulturwechsel, den zuvor nicht gekannte Beiträge auf Miet- und Kapitaleinkünfte, die erhöhte Beitragsbemessungsgrenze und der erwartete Verlust der Privilegien des Privatversicherterstatus, sollten wir nicht unterschätzen. Unser „Klientel“ möchte zwar nicht „gepflegt“ werden wie die Anhängerinnen und Anhänger der FDP – aber gute Gründe werden wir auch gut kommunizieren müssen.

### *Offene Debatten bringen Bürgerversicherung voran*

Auseinandersetzungen gab es im Vorfeld der BDK um das Beitragssplitting. Wir wollen Kinder ebenso kostenlos mitversichern wie (zeitlich begrenzt) Ehegatten beziehungsweise LebenspartnerInnen, die

**Biggi Bender**  
Sprecherin für Gesundheitspolitik  
Mitglied Ausschuss für Gesundheit  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-71667  
Fax 030 / 227-76667  
[biggi.bender@bundestag.de](mailto:biggi.bender@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Stuttgart**  
Hauptstätter Str. 57  
70178 Stuttgart  
Tel. 0711 / 26346177  
Fax 0711 / 6151725  
[biggi.bender@wk.bundestag.de](mailto:biggi.bender@wk.bundestag.de)  
[www.biggi-bender.de](http://www.biggi-bender.de)

Seite 5

nicht erwerbstätig sind, aber Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen. Für alle anderen Lebensgemeinschaften wollen wir ein Beitragssplitting einführen. Damit verabschieden wir uns von einem Familienmodell, das gut verdienende Einverdienerpaare gegenüber Paaren, die beide arbeiten und das gleiche Einkommen erzielen, bevorzugt. Beim Beitragssplitting wird das beitragspflichtige Haushaltseinkommen halbiert. Der Krankenversicherungsbeitrag wird auf beide Teile bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhoben. Damit werden nicht mehr diejenigen privilegiert, die beispielsweise über ein sehr hohes Haushaltseinkommen verfügen, bei denen aber nur ein Partner berufstätig ist.

Die Bürgerversicherung steht für das Gemeinwohl. Konsens in der Gesellschaft sollte es sein, dass sich Politik für die Mehrheit der Gesellschaft und nicht für einige wenige Gruppen einsetzen sollte – genau dies tun wir mit der Bürgerversicherung. In der Bürgerversicherung geht es um mehr als nur Geld zu sparen. Wir wollen einen einheitlichen Versicherungsmarkt mit mehr Solidarität und Beteiligung. Wir wollen ein Solidarsystem, das es allen Menschen ermöglicht, sich zu den gleichen Spielregeln zu versichern. Gesundheitsversorgung darf sich nicht nach der Art des Versicherungsschutzes und nach dem Geldbeutel richten, sondern nach dem Bedarf im Krankheitsfall. Wir wollen die Rosinenpickerei der privaten Krankenversicherung beenden. Und wir wollen, dass sich alle Bevölkerungsgruppen zu vertretbaren Bedingungen in der Bürgerversicherung versichern können. So ist beispielsweise ein großer Teil der Selbstständigen – wie etwa die sogenannten Soloselbstständigen - daran interessiert, in die Bürgerversicherung zu kommen. Neben der Einbeziehung der bislang Privatversicherten und Selbstständigen wollen wir weitere Einsparungen durch die Einbeziehung der Beamtinnen

und Beamten erzielen. Für die Dienstherrn hätte die Einbeziehung einen großen Vorteil: Durch den Wechsel vom Beihilfesystem zum Arbeitgeberbeitrag kann die öffentliche Hand 3,5 Milliarden Euro sparen. Die Bürgerversicherung ist damit für Bund, Länder und Kommunen, soweit diese Beamtinnen und Beamte beschäftigen, sehr attraktiv.

Wir verbinden die Bürgerversicherung aber auch mit neuen Formen der Beteiligung in der Krankenversicherung. Bürgerinnen und Bürger müssen wieder mehr mitreden können, wenn es um ihren Krankenversicherungsschutz geht. So sind die Sozialwahlen kaum bekannt und die Wahlbeteiligung ist gering. Wir werden im nächsten Jahr die Diskussion darüber führen, welche Mitspracherechte die Versicherten bekommen sollen, wie weit Beteiligung reichen soll und wie wir sie verbessern können – mehr BürgerInnenbeteiligung muss auch in der Krankenversicherung stattfinden.

Der von der Presse gerne geäußerten Kritik, die Bürgerversicherung hätte etwas mit Staatsfixierung und Zentralismus zu tun, erteilen wir eine Absage. Diese Rolle übernimmt bereits die Bundesregierung mit ihrem staatlich festgelegten Einheitsbeitrag und dem haltlosen Versprechen, den Sozialausgleich auch in Zukunft über Steuerzuschüsse unkompliziert „abwickeln“ zu können. Die Bürgerversicherung hingegen stärkt die gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung für die Gesundheit. Das ist und bleibt unser politisches Ziel.



## Alexander Bonde

Sprecher für Haushaltspolitik



# Der schwarz-gelbe Bundeshaushalt 2011 und die Grüne Alternative

Seite 6

Ende November wurde der Bundeshaushalt 2011 vom Bundestag verabschiedet. Mit dem Haushalt erhöht die schwarz-gelbe Koalition die ökologische und die soziale Verschuldung. Die millionenschweren Geschenke an die Industrie bei Laufzeitverlängerung und Ökosteuer-Ausnahmen zeigen, dass bei der Koalition kein geradliniger Konsolidierungskurs vorhanden ist. Die Geschenke an Atomkonzern und Industrie bezahlen jetzt sowohl die sozial Schwachen durch Kürzungen als auch unsere Kinder, denen CDU/CSU und FDP neben den Rekordschulden auch noch neuen Atommüll vor die Füße kippen. Die unsoziale Ausgestaltung des schwarz-gelben Sparpakets lehnen wir Grüne ab.

### *Konsolidierung sozial und ökologisch ausgewogen umsetzen*

Nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise muss jetzt die Konsolidierung der Staatshaushalte im Fokus der Finanz- und Wirtschaftspolitik stehen. Der Bund ist mit über einer Billion Euro verschuldet. Daraus erwachsen immense Zinsverpflichtungen. Im Jahr 2013 werden nach der aktuell vorliegenden Finanzplanung fast 50 Milliarden Euro für Zinszahlungen gebunden. Dies entspricht einem Sechstel des gesamten Haushaltsvolumens. Damit müssen mehr als 10 Milliarden Euro mehr als heute allein für den Schuldendienst aufgewendet werden, die also nicht mehr für andere Projekte im Haushalt verwendet werden können. Wenn die Zeit der niedrigen Zinssätze vorbei ist, werden die Ausgaben für Zinszahlungen immens zunehmen.

Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verlangt, wird ein Kraftakt für Politik und Gesellschaft. Es ist klar: Wir müssen Prioritäten für nachhaltige Entwicklung setzen. Nicht alles Wünschenswerte ist finanzierbar.

Schwarz-Gelb verzögert den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und verhindert damit neue Jobs in Umwelt- und Energietechnologien. Die Koalition streicht Mittel für Umwelt und Klimaschutz zusammen. Damit gefährdet sie nicht nur die selbst gesteckten Klimaziele, sondern schwächt die Anstrengungen für den notwendigen ökologischen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft. Dabei sind gerade diese Mittel gut angelegte Investition für mehr Arbeitsplätze. Die Regierung schleift klammheimlich die Förderungen für den Ökolandbau: das Programm wurde einfach umgewidmet, nun sind die 16 Mio. € nicht mehr nur für Ökolandbau, sondern plötzlich auch für „andere nachhaltigen Formen der Landwirtschaft“ vorgesehen. Gleichzeitig zeigt sich Verteidigungsminister zu Guttenberg als haushaltspolitischer Drückeberger. Erst wirft er mit seinem Verhandlungsversagen beim A400M der Rüstungsindustrie für deren Fehlleistungen Milliarden an Steuergeld hinterher, und jetzt versucht er sich vor den beschlossenen Einsparungen zu drücken, weil ihn der Reformwille bei der Bundeswehr verlässt. Eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen ist mit Schwarz-Gelb nicht zu machen.

Von der aktuellen Rekordverschuldung Stück für Stück herunter zu kommen, wie dies die im

### **Alexander Bonde**

Sprecher für Haushaltspolitik  
Mitglied Haushaltsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-71691  
Fax 030 / 227-76991  
[alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de)

### **Wahlkreisbüro Emmendingen**

Karl-Friedrich-Str. 40  
79312 Emmendingen  
Tel. 07641 / 954545  
Fax 07641 / 954546  
[alexander.bonde@wk.bundestag.de](mailto:alexander.bonde@wk.bundestag.de)  
[www.alexander-bonde.de](http://www.alexander-bonde.de)

Seite 7

## *Grünes Haushaltskonzept: Schuldenbremse ökologisch und sozial verträglich einhalten*

Die Herkulesaufgabe der Haushaltssanierung kann nur gelingen, wenn die ganze Gesellschaft solidarisch, also nach den jeweiligen Möglichkeiten, beteiligt wird. Der Haushalt muss der Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Das Ziel der Haushaltspolitik muss es sein, auch den künftigen Generationen gute Zukunftschancen und Entwicklungsspielräume zu sichern. Die Einhaltung der Schuldenbremse hat daher zentrale Priorität. Dabei muss auf einen Dreiklang aus Ausgabenkonsolidierung, Subventionsabbau und Steuermehreinnahmen gesetzt werden. Die notwendige Konsolidierung kann nur gelingen, wenn alle starken Schultern einen Beitrag leisten. Daher müssen wir auch, für die sehr gut Verdienenden, die Steuern erhöhen. Dadurch kann der Bund helfen, die Haushalte von Ländern und Gemeinden zu entlasten. Durch einen Einstieg beim Abbau ökologisch schädlicher Subventionen könnte gleichzeitig ein Beitrag zu Umweltschutz und Haushaltssanierung geleistet werden, ohne die Unternehmen über Gebühr und Leistungsstärke zu belasten. Eine zukunftsgerechte Politik spart zukünftige Ausgaben ein, indem jetzt präventiv investiert wird. Daher setzen wir unsere Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Bildung und Klimaschutz.



## Winne Hermann

Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung

Sprecher für Sportpolitik

### Geißlers (paradoxe) Schlichterspruch

Seite 8

Die öffentlichen Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 waren eine interessante demokratische Erfahrung. Auf hohem sachlichem Niveau wurden die unterschiedlichen Konzepte und die jeweilige Kritik daran vorgetragen. Man hätte sich gewünscht, dass diese Debatte früher geführt worden wäre. Endlich kamen Daten, Fakten und Zahlen auf den Tisch. Die Engpässe und Probleme von S21 wurden offenkundig. Die Alternative K21, Modernisierung des Kopfbahnhofes, konnte einem großen Publikum vorgestellt werden. Auch neutrale Beobachter lobten die sachkundigen und professionellen Beiträge des Bündnisses gegen S21. Und mancher Befürworter war überrascht, dass die DB AG erst nach Anforderung ein mangelhaftes Betriebskonzept für den neuen Bahnhof vorlegen konnte.

Mit Spannung wurde Heiner Geißlers Schlichterspruch erwartet. Dabei war klar, dass er kein Ergebnis würde vorlegen können. Dazu fehlte die formale Legitimation. Außerdem war ein Kompromiss in der Sache zwischen oberirdischem Kopfbahnhof und unterirdischem Durchgangsbahnhof nicht möglich. Man hätte nach fair geführten Verhandlungen erwarten können, dass er die Entscheidung mit neuen Erkenntnissen an die Politik bzw. an das Volk zurückspielt. Stattdessen übernahm Geißler die Grundposition der Betreiber: S21 sei weit fortgeschritten, es bestehe Baurecht, ein Volksentscheid sei nicht zulässig und ein Baustopp würde von der DB AG nicht akzeptiert. Hier schlug sich der sonst so unabhängige CDU-Mann auf die Seite der Mächtigen und blieb weit unter seinen Möglichkeiten. Immerhin verlangte er, dass alle Mängel zu beseitigen seien, die im Laufe des Schlichtungsverfahrens deutlich wurden:

„Ich kann den Bau des Tiefbahnhofs nur befürworten, wenn entscheidende Verbesserungen an dem ursprünglichen Projekt vorgenommen werden, also aus Stuttgart 21 ein Stuttgart 21 plus wird.“ Für die

Fortführung des Baus hält er „folgende Verbesserungen für unabdingbar:“

- Verhinderung der Grundstücksspekulation (Übergabe der Flächen in eine Stiftung)
- Erhalt der Bäume im Schlossgarten
- Erhalt und Neuanschluss der Gehbahn
- Verbreiterung der Bahnsteige und Wege, Barrierefreiheit
- Erweiterung des Bahnhofes um ein 9. und 10. Gleis
- zweigleisige Anbindung des Flughafens an die Neubaustrecke
- u.a. Verbesserungen. Darüberhinaus soll die DB einen Stresstest für S21 durchführen und dabei nachweisen, „dass ein Fahrplan mit 30 % Leistungszuwachs (gegenüber heute) in der Spitzenstunde mit guter Qualität möglich ist“.

Die Forderungen sind so berechtigt wie paradox. Manche sind nicht umsetzbar (hundert Jahre alte Bäume lassen sich nicht verpflanzen!), die meisten kostenträchtig. Experten rechnen mit mindestens 500 Millionen. Damit würde das Projekt noch unwirtschaftlicher. Zusammen mit der Neubaustrecke nach Ulm stiegen die Kosten auf 10 Milliarden.

Die weitgehenden Korrekturen würden zwingend neue Planfeststellungsverfahren verlangen, was die DB und Geißler(!) unbedingt vermeiden wollen. Der Forderungskatalog kann die Befürworter nicht glücklich machen. Sie haben gleich signalisiert, dass sie die Pro-Entscheidung begrüßen, die Verbesserungsvorschläge aber für nicht notwendig halten. Der Stresstest soll erst Mitte 2011 ausgewertet werden. Die DB will gleichwohl weiterbauen. Bis zur Landtagswahl sollen möglichst viele Fakten ge-

## Winfried Hermann

Vorsitzender Ausschuss für Verkehr, Bau- und  
Stadtentwicklung  
Sprecher für Sportpolitik, Mitglied Sportausschuss  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 / 227- 71950  
Fax 030 / 227- 76399  
[winfried.hermann@bundestag.de](mailto:winfried.hermann@bundestag.de)

## Wahlkreisbüro Tübingen

Am Lustnauer Tor 6  
72074 Tübingen  
Tel. 07071 / 252757  
Fax 07071 / 252559  
[winfried.hermann@wk.bundestag.de](mailto:winfried.hermann@wk.bundestag.de)  
[www.winfriedhermann.de](http://www.winfriedhermann.de)

Seite 9

schaffen werden. Das zumindest hätte Geißler verhindern müssen.

Wir halten am Bau- und Vergabestopp fest. Wir kämpfen bei der Landtagswahl im März 2011 in Baden-Württemberg für eine neue politische Mehrheit, die es ermöglicht, dass das Volk entscheidet, ob es einen megateuren unterirdischen Durchgangsbahnhof und eine falsch geplante Neubaustrecke mit zwei Milliarden Landesmitteln „sponsern“ will. Oder ob man für die Hälfte der Kosten den gut funktionierenden Kopfbahnhof ertüchtigen und den Regional- und Nahverkehr ausbauen soll. S21 und die Neubaustrecke würden auf Jahre viele andere, dringlichere Projekte wie der Ausbau des Rheintales (3. und 4. Gleis von Offenburg bis Basel), der Gäubahn (Stuttgart-Singen-Schweiz) und der Südbahn (Ulm-Bodensee) verzögern.

### *Vorbildwirkung Ade - Bundesregierung streicht Klimakompensation bei Dienstreisen*

Nachdem wir Grünen jahrelang darauf gedrängt hatten und die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen als erste Fraktion im Deutschen Bundestag die von ihr beauftragten Dienstreisen bei atmosfair e.V. durch Zahlungen für Klimaschutzprojekte kompensiert hatte, stand die Bundesregierung unter Druck. Die große öffentliche Aufmerksamkeit im Berichtsjahr des UN-Weltklimarates (IPCC) 2007 hat diesen Druck weiter erhöht und was bisher stets mit eher **f a d e n s c h e i n i g e n** Argumenten (Bundesreisekostenrecht, Haushaltsvorgaben) abgewehrt wurde, ging plötzlich. Der damalige Bundesumweltminister wollte sich im Glanz der klimasensibilisierten Öffentlichkeit sonnen und sprach ein Machtwort. Am 28. Februar 2007 hat die damalige Bundesregierung beschlossen, die Treibhausgasemissionen im eigenen Geschäftsbereich im Zeit-

raum von 2008 bis 2012 um 30 % im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Dienstreisen der Mitglieder und Beschäftigten der Bundesregierung „klimaneutral“ gestellt werden. D. h. die bei unvermeidbaren Dienstflügen und Dienstfahrten mit dem Pkw produzierten Treibhausgasen müssen an anderer Stelle eingespart werden, indem in Klimaschutzprojekte investiert wird.

Auf unsere Initiative hin hat der Ältestenrat des Bundestages am 29.5.2008 beschlossen, diesem Beispiel zu folgen und seine Dienst- und Mandatsreisen klimaneutral zu stellen. Die Mittel für die Kompensation wurden im Haushalt (Einzelplan 60) bereitgestellt. Aufgrund massiver Blockade von Seiten der FDP und der CDU/CSU erfolgte die Kompensation der Reisen der Bundesregierung und des Bundestages erst im Juni 2010 mit Entsperrung des Titels im Haushalts-Ausschuss. Für die Kompensation der Dienstreisen des Deutschen Bundestages wurden durch die Berichterstatter der Fraktionen nach langem Hin und Her vorbildliche Klimaschutzprojekte ausgewählt.

Am Ende der Haushaltsverhandlungen 2011 hat die Koalition die Katze aus dem Sack gelassen: Die Mittel im Haushalt 2011 werden auf 2.150 Mio. Euro halbiert (ursprünglicher Ansatz 4.210 Mio. Euro in 2011). Das bedeutet: Es können nur noch die begonnenen und vertraglich vereinbarten Projekte abgewickelt werden. Dann ist Schluss mit der Kompensation! Damit wird ein zentrales vorbildhaftes Projekt des Bundestages in Sachen Klimaschutz kurz nach dem erfolgreichen Projektstart in 2010 wieder beendet. Dies wird der Verantwortung der Politik für Klimaschutz in der Öffentlichkeit nicht gerecht.



# Ingrid Hönlinger

Sprecherin für Demokratiep politik

**„Freiheit ist ein Gut, das durch Gebrauch wächst, aber durch Nichtgebrauch dahinschwindet.“ (Carl Friedrich von Weizsäcker)**

Seite 10

Aktuelle Themen im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages sind in diesen Wochen und Monaten die Sicherheitsgesetze und das mögliche Abhören von Berufsheimsträgern, die Vorratsdatenspeicherung und der Versuch, die Prozesskosten für Menschen mit niedrigem Einkommen zu reduzieren.

Wir befassen uns also einerseits mit juristischen Initiativen der schwarz-gelben Regierung, andererseits aber auch mit Vorschlägen, die über den Bundesrat aus den Bundesländern kommen. Wir Grüne RechtspolitikerInnen sehen es als unsere Aufgabe an, kritische Fragen und eigene Anträge zu stellen, um unverhältnismäßige Sicherheitsgesetze und unsoziale Sparmaßnahmen zu verhindern.

## 1. Abhören von Telefonaten

Im Rahmen der Sicherheitsgesetze wurde beschlossen, dass – bei Verdacht auf schwere Straftaten – die Telefone von Ärzten, Anwälten, Journalisten oder auch Steuerberatern abgehört werden können. Davor waren lediglich Geistliche und Abgeordnete geschützt sowie Rechtsanwälte, wenn sie als Strafverteidiger gearbeitet haben.

Jetzt hat die Bundesjustizministerin durchgesetzt, dass Rechtsanwälte wieder allgemein vor Abhörmaßnahmen geschützt werden, unabhängig davon ob sie als Strafverteidiger arbeiten oder nicht. Das ist gut so und dient rechtsstaatlichen Prinzipien.

Allerdings stellt sich nun die Frage: Was ist mit den anderen Gruppen, die dem Berufsheimnisträger-schutz unterliegen? Welchen Status haben Journalisten? Sie sind noch immer nicht vor Abhörmaßnahmen sicher.

Das ist ein tiefer Eingriff in die Pressefreiheit, den wir so nicht hinnehmen dürfen. Wir Grüne werden weiter daran arbeiten, dass alle Berufsheimnisträgerinnen und –träger vor Abhörmaßnahmen geschützt werden.

Denn Pressefreiheit ist kein abstrakter Begriff. Pressefreiheit ist so viel wert, wie wir die entsprechende Berufsgruppe vor staatlicher Überwachung schützen. Journalisten müssen auch in Themenfeldern recherchieren können, die den Regierenden nicht gefallen.

## 2. Vorratsdatenspeicherung

Das Bundesverfassungsgericht hat die Vorratsdatenspeicherung in der bisherigen Form am 02. März diesen Jahres für verfassungswidrig erklärt. Jetzt wird, vor allem aus den CDU-geführten Bundesländern, der Ruf laut nach einer verdachtsunabhängigen Speicherung der Telekommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger. Genau das ist die Vorratsdatenspeicherung: die massenhafte und anlasslose Speicherung der Daten unbescholtener Bürgerinnen und Bürger. Aus diesen Daten lässt sich dann ein nahezu vollständiges Profil von Kommunikationsbeziehungen aller Menschen hier in Deutschland gewinnen.

Wir müssen jetzt aber keine neuen Gesetzesinitiativen starten. Bei Hinweisen auf eine Gefährdungs- oder Bedrohungslage ist es Aufgabe der Sicherheitsbehörden, zu handeln. Die gesetzlichen Möglichkeiten dazu gibt es schon. Die Politik muss sie bei ihren Aufgaben mit Augenmaß unterstützen. Parteipolitisches Taktieren ist hier fehl am Platz. Und fehl am Platz ist auch der Ruf nach einer Einschränkung der Pressefreiheit, wie sie ausgerechnet der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Siegfried Kauder, vor kurzem in den Medien gefordert hat.

Vorratsdatenspeicherung ist – da sind sich die Fachleute einig – auch kein wirkungsvolles Mittel der Terrorismusbekämpfung. Der demokratische Schaden steht in keinem angemessenen Verhältnis zum sicherheitspolitischen Nutzen.

**Ingrid Hönlinger**  
Sprecherin für Demokratiep politik  
Mitglied Rechtsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227- 73064  
Fax 030 / 227- 76064  
[ingrid.hoenlinger@bundestag.de](mailto:ingrid.hoenlinger@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Ludwigsburg**  
Marktplatz 2  
71634 Ludwigsburg  
Tel. 07141 / 6887885  
Fax 07141 / 6887881  
[ingrid.hoenlinger@wk.bundestag.de](mailto:ingrid.hoenlinger@wk.bundestag.de)  
[www.ingrid-hoenlinger.de](http://www.ingrid-hoenlinger.de)

Seite 11

Hinzu kommt, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung gerade auf dem europäischen Prüfstand steht und es sich dabei um einen ergebnisoffenen Prozess handelt. Hier wird entscheidend sein, ob die Mitgliedstaaten der EU-Kommission die Daten vorlegen, die sie zur Evaluierung dringend benötigt. Nur dann lässt sich klären, ob mit der Vorratsdatenspeicherung tatsächlich schwere Straftaten verhindert bzw. aufgeklärt werden können. Das Ergebnis dieser Evaluierung müssen wir abwarten. Würde das deutsche Parlament jetzt überhastet einen neuen Gesetzentwurf beschließen, müsste diese Entscheidung eventuell in wenigen Monaten revidiert werden. Das wäre nicht gerade sinnfördernd.

Politik sollte jetzt vielmehr die Gelegenheit nutzen, sich Gedanken darüber zu machen, wie sie ein hohes Maß an Sicherheit gewährleisten, gleichzeitig aber auch dafür sorgen kann, dass die verfassungsrechtlich verbürgten Bürgerrechte, nicht aufgeweicht werden. Gerade in Zeiten einer erhöhten Gefährdung sollten wir die Grundsätze unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie hochhalten. Wir werden im Rechtsausschuss mit Argusaugen darüber wachen, dass nicht mit juristischen Feinassen unser Rechtsstaat ausgehöhlt wird. Wir müssen den Tendenzen zum Überwachungsstaat, auch mit juristischen Mitteln, entgegen treten.

### ***3. Einschränkung der Prozess- und Verfahrenskostenhilfe und der Beratungshilfe***

Um Rechtsgleichheit herzustellen, bekommen Menschen mit kleinen Einkommen staatliche Unterstützung für Rechtsberatung. Vor einer Prozessführung wird zusätzlich geprüft, ob der Prozess/das Verfahren ausreichende Erfolgsaussichten aufweist.

Aus einigen Bundesländern wird die Forderung erhoben, die Ausgaben für Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie für Beratungshilfe einzuschränken. Das

hört sich harmlos an und suggeriert, dass Kosten gespart werden. Würde die Prozesskostenhilfe reduziert, dann würde aber der Zugang zu Anwälten und Gerichten davon abhängen, ob die Menschen sich einen Prozess leisten können oder nicht. Im Bundestag setzen wir uns dafür ein, dass sich diese Forderung nicht durchsetzt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Zugang zum Recht allen Menschen offen stehen muss, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass unser Rechtsstaat demokratiefest und gerecht bleibt. Wir müssen vermeiden, dass unser Rechtssystem zu einer Zwei-Klassen-Justiz wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, das Jahr 2010 neigt sich nun dem Ende zu. Es war ein bewegendes, arbeitsreiches und auch erfolgreiches Jahr für uns Grüne. Wir haben uns stark gemacht für eine lebendige Demokratie mit mehr direktdemokratischen Elementen, für einen starken Rechtsstaat, für Menschenrechte, für mehr soziale Gerechtigkeit, für den Umweltschutz und gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten. Wir haben eine Politik gestaltet, die die Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Wir haben viel erreicht, aber es gibt noch mehr zu tun. Dieses Engagement werden wir im kommenden Jahr bei den Landtagswahlen fortsetzen, damit unser Land noch grüner wird.

Ich wünsche euch und uns allen eine schöne und erholsame Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr. 2011 wird Spitze! Wir bleiben oben – in Stuttgart und auch anderswo.

Herzliche Grüße  
Eure Ingrid



## Memet Kilic

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik  
Sprecher für Bürgeranliegen



# Stiefkinder des deutschen Schulsystems

Seite 12

Liebe Freundinnen und Freunde,

trotz leichter Verbesserungen liegen Kinder aus Immigrantenfamilien, laut der aktuellen Pisa-Studie, noch um mehr als ein Schuljahr zurück. Typisch für Deutschland in diesem Bereich ist, dass bei den Verbesserungsbemühungen nicht an die Strukturen und Ursachen rangegangen wird, sondern Zeit mit der Bekämpfung der Symptome vergeudet wird.

Ein direkter Zusammenhang zwischen demographischen Faktoren und dem Schulerfolg der verschiedenen Gruppen ist nachgewiesen. So wird von der Annahme ausgegangen, dass die im Schulsystem zu vergebenden guten und schlechten Chancen relativ konstant gehalten werden. Bei den Studien von Baker/Lenhardt (1980) wurde erstmals gezeigt, dass der Ausländeranteil auf Hauptschulen zunimmt, sobald der Anteil deutscher Schüler demographisch bedingt abnimmt. Ebenso sieht es auch in der Realschule oder auf dem Gymnasium aus: der Anteil von Schülern mit Immigrationshintergrund, denen ein Aufstieg in die Realschule oder das Gymnasium gelingt, nimmt zu, wenn die absolute Zahl der deutschen Schüler abnimmt. Immer dann, wenn der Rückgang einheimischer Schüler besonders hoch ist, fällt die Zunahme von Schülern mit Immigrationshintergrund deutlicher aus. (Gomolla und Radtke, 2007, S. 24)

Bei der Entscheidungsstelle Einschulung ist festgestellt worden, dass mehr schulpflichtige Kinder mit Immigrationshintergrund vom Schulbesuch zurückgestellt wurden, als Einheimische desselben Jahrgangs. Da mangelnde Sprachkenntnisse laut Erlass kein Grund sein können, ein Kind vom Schulbesuch zurückzustellen, werden offensichtlich andere Unterschiede gemacht. (Gomolla und Radtke, 2007, S. 129) Vielleicht eine Anpassung an den demographischen Zustand? (abnehmende Anzahl deutscher Kinder gegenüber steigender Anzahl von Immigran-

tenkindern) In diesem Zusammenhang ist es dann auch nicht mehr wirklich verwunderlich, dass der Anteil von Immigrantenkinder in der Sonderschule deutlich höher ist, als die Anzahl der Einheimischen. Hier stellt sich wieder die Frage, ob der demographische Wandel die Ursache für die hohe Anzahl ausländischer Schüler ist und ob vielleicht die Sonderschule bzw. Förderschule als Lösung für das „Ausländerproblem“ entdeckt wurde. Laut dem Konsortium für Bildungsberichterstattung von 2006 gibt es Hinweise, dass diese Übergangentscheidungen auch von spezifischen Interessen der beteiligten Bildungseinrichtungen mit beeinflusst werden, z. B. von der Über- oder Unterlast einer Schule oder dem Wunsch einen Standort zu erhalten.

Analysen aus IGLU und anderen Studien haben gezeigt, dass eine migrationsspezifische Benachteiligung schon in den Noten angelegt ist, die während der Grundschulzeit gegeben werden. Schüler mit Immigrationshintergrund erhalten in der Grundschule bei derselben Leistung etwas schlechtere Noten als ihre Mitschüler, dadurch sind unterschiedliche Chancen für eine Gymnasialempfehlung die Folge. (Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006, S. 1 6 5 )

Auch durch die Funktion der Schule „Die Reproduktion des sozialen Systems“ (Gonschorek und Schneider, 2005, S. 45) landen wohl überdurchschnittlich viele Immigrantenkinder nach der Grundschule in den Hauptschulen.

Zu beobachten ist auch eine Herunterstufung von Immigrantenkinder. Die Begründung dafür lautet häufig: „Im Zweifelsfall von unten aufbauen, später kann ja noch ein Wechsel in die nächsthöhere Schulform erfolgen“. (Gomolla u. Radtke, 2007, S. 242) Da stellt sich natürlich die Frage: Warum nicht im

### **Memet Kilic**

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik und  
Sprecher für Bürgeranliegen  
Mitglied Innenausschuss und Petitionsausschuss  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 / 227- 73277  
Fax 030 / 227- 76277  
[memet.kilic@bundestag.de](mailto:memet.kilic@bundestag.de)

### **Wahlkreisbüro Pforzheim/Enzkreis**

Hohenstaufenstr. 11  
75177 Pforzheim  
Tel. 07231/ 7769507  
Fax 07231/ 7769508  
[memet.kilic@wk.bundestag.de](mailto:memet.kilic@wk.bundestag.de)  
[www.memet-kilic-gruene.de](http://www.memet-kilic-gruene.de)

Zweifelsfall „oben“ lassen? Die Antwort würde dann wohl lauten: Schüler sind vor Enttäuschungen und Misserfolgen zu bewahren. Zu bedenken ist aber, ob es nicht eine größere Enttäuschung für das Kind ist, wenn es heruntergestuft wird, obwohl das Kind selbst weiß, dass es mindestens genau so viel Erfolg in der höheren Stufe hätte, wie beispielsweise seine deutsche Tischnachbarin ohne Immigrationshintergrund.

Die Rahmenbedingungen für Quereinsteiger sind in Deutschland auch nicht gut. Neu eingewanderte Kinder werden ungeachtet ihrer bisherigen Schullaufbahn einfach nach dem Alter (oft auch eine Stufe niedriger) in die Grund- bzw. Hauptschule eingegliedert. Eine besondere Förderung für ausländische Kinder ist nur an Grund- Haupt- und Sonderschulen vorgesehen. Finanzielle Mittel für die zusätzliche Förderung erhalten nur diese Schulen. In dieser Differenzierung könnte man eine verdeckte Form direkter Diskriminierung sehen. (Gomolla und Radtke, 2007, S. 103) Daran kann man auch sehen, dass es schon vorprogrammiert ist, in welche Schule die neu eingewanderten Kinder eingegliedert werden.

Da z. B. bei den Türkeistämmigen ein Wandel in der Bleibeorientierung stattgefunden hat, erhöht sich auch die Anzahl der in Deutschland geborenen türkeistämmigen Kinder. Dadurch müssten sich theoretisch auch die Lernvoraussetzungen verbessert haben. Jedoch kommt es noch sehr häufig vor, dass bei den hier geborenen Immigrantenkindern zum Einschulungszeitpunkt noch erhebliche sprachliche Mängel in Deutsch existieren. Dies ist wahrscheinlich mit der hauptsächlich zu Hause und im Freundeskreis gesprochenen Muttersprache zu erklären. Würde beispielsweise ein Elternteil mit dem Kind ausschließlich Deutsch sprechen und der andere Elternteil Türkisch, hätten die Kinder weniger Probleme mit der deutschen Sprache und könnten gleichzeitig ihre Muttersprache sprechen – vorausgesetzt, die Elternteile beherrschen die jeweiligen Sprachen gut.

Erfahrungen und Berichte gibt es darüber, wie aus Vorbereitungsklassen separate Regelklassen für Schüler mit Immigrationshintergrund entstehen. Somit wird getrennt, statt integriert (Gomolla und Radtke, 2007, S. 105). In Baden-Württemberg wurde mir von einer Hauptschule berichtet, die zwei fünfte Klassen hatte, von denen eine Klasse mit Ausnahme eines Schülers nur aus Schülern ohne Immigrationshintergrund bestand und eine andere Klasse, die fast nur aus Immigrantenkindern bestand. Anfragen zu dem Beweggrund für diese Einteilung blieben unbeantwortet.

Trotz leichter Verbesserungen ist der soziale Hintergrund für Immigrantenkinder immer noch ein Schicksal geblieben. Solange an der Mehrgliedrigkeit und an der Funktion der Schule, das soziale System zu reproduzieren, festgehalten wird, ist das Schicksal vieler Immigrantenkinder vorprogrammiert. Für eine bessere Zukunft dieser Kinder muss das mehrgliedrige Schulsystem abgeschafft und flächendeckend gebundene Ganztagschulen geschaffen werden. Der Schritt von der Drei- zur Zweigliedrigkeit in einigen Bundesländern geht in die richtige Richtung.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für das Bildungsstreben von Kindern mit Immigrationshintergrund ist die Notwendigkeit von Vorbildern. Daher muss der Bund ein Werbe- und Stipendienprogramm initiieren, damit mehr Abiturienten mit Immigrationshintergrund den Lehrerberuf wählen und in den Staatsdienst aufgenommen werden. Insbesondere in den südlichen Bundesländern werden nicht nur Windkraftanlagen subtil bekämpft, sondern auch die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern mit Immigrationshintergrund.



## Sylvia Kotting-Uhl

Sprecherin für Atompolitik

### **Billigentsorgung nach Russland vereitelt !**

Seite 14

Die Achillesferse der Atomwirtschaft ist die Entsorgung! Das wussten die Befürworter der Atomtechnologie schon in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Seit 1978 lassen die Buchstaben des Atomgesetzes nicht mehr viel Raum: Wer mit strahlendem Material umgeht, muss dessen „schadlose Weiterverwertung“ oder „sichere Endlagerung“ nachweisen. Bloß wo?!

Zwei Jahrzehnte versuchten Atomwirtschaft und verantwortliche Regierungen sich mit der Wiederaufarbeitung in La Hague und Sellafield aus der Patsche des nicht vorhandenen Endlagers zu helfen. Dass der Atommüll durch diese Bearbeitung de facto vermehrt wurde und nach den Verträgen auch irgendwann zurück genommen werden musste, störte damals bei der Interpretation des Entsorgungsvorsorgenachweises wenig. Erstmal waren die verbrauchten Brennelemente weg. Das rot-grüne Ausstiegsgesetz machte zumindest dem von Deutschland verantworteten Wiederaufarbeitungs-Wahnsinn ein Ende.

Heute liegt der deutsche Atommüll in Zwischenlagern, wo er auf die vorzunehmende „sichere Endlagerung“ wartet. Die Kapazitäten der Zwischenlager an den AKW sind begrenzt, mit geringen Puffern über der nach dem Atomausstiegsgesetz von 2002 berechneten Menge. Die Rücktransporte aus La Hague ins Zwischenlager Gorleben stoßen nach der AtG-Novelle mit Laufzeitverlängerung und dem Lex Gorleben-Enteignungsparagrafen auf so massiven Widerstand, dass selbst Niedersachsens Ministerpräsident McAllister nach anderen Lösungen verlangt. Beim Zwischenlager Ahaus (NRW) formiert sich zunehmend Widerstand, der dem in Gorleben nicht mehr lange nachsteht. Die Problematik der Lagerung von Atommüll verstärkt sich.

### *Den geplanten Rossendorf-Transport ...*

Neben dem Atommüll aus den AKW gibt es in Deutschland auch nicht unerhebliche Mengen Atommüll aus Forschungsanlagen. Der „gehört“ der öffentlichen Hand, die je nach Farbe des Öfteren versucht sich dessen billig zu entledigen – siehe Asse. Der neueste Versuch war die Billigentsorgung von 951 in Ahaus lagernden Brennelementen aus dem ehemaligen DDR-Forschungsreaktor Rossendorf.

Das Land Sachsen und die Bundesregierung beabsichtigten einen Staatsvertrag mit Russland zur „Rücknahme“ der ursprünglich in der Sowjetunion für die DDR produzierten Brennelemente zu schließen. Minister Röttgen fand das bis vor wenigen Tagen „aus nichtverbreitungspolitischen Gründen“ richtig und die Sicherheitslage im Zielort Majak unbedenklich.

### *... an den verstrahltesten Ort der Welt ...*

Tatsächlich ist die Atomanlage Majak der vermutlich verstrahlteste Ort der Welt. Eine Explosion 1957, die 750 Millionen Gigabecquerel Strahlung freisetzte (mehr als der GAU von Tschernobyl), der völlig verseuchte Fluss Tetscha, in den jahrelang radioaktive Abfälle entsorgt wurden, und der See Karatschai, der ebenfalls als atomare Jauchegrube diente, bis er im Sommer 1967 fast vollständig austrocknete und der zurück bleibende radioaktive Staub vom

### **Sylvia Kotting-Uhl**

Sprecherin für Atompolitik  
Mitglied Ausschuss für Bildung, Forschung und  
Technikfolgenabschätzung  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel. 030 / 227- 74740  
Fax 030 / 227- 76742  
[sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de)  
[www.kotting-uhl.de](http://www.kotting-uhl.de)

### **Wahlkreisbüro Karlsruhe**

Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
Tel. 0721-15186-87 Fax 0721-15186-90  
[sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de)

### **Büro Rhein-Neckar**

Hauptstraße 41, 69151 Neckargemünd  
Tel. 06223-866-423 Fax 06223-866-813  
[sylvia.kotting-uhl@wk2.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk2.bundestag.de)

Wind übers Land verteilt wurde. Das ist Majak – dorthin sollten in deutscher Verantwortung zusätzlich 18 Castoren mit Atommüll zur schadlosen Weiterverwertung oder sicheren Endlagerung geschickt werden. Der Zyniker würde sagen: dort kommt's nicht mehr drauf an! Und die Bevölkerung vor Ort ist sowieso schon krank.

### *... haben wir verhindert!*

Das Verursacherprinzip sollte zur Legitimation erhalten – schließlich wurden die Brennstäbe in der Sowjetunion hergestellt. Gefährlich werden Brennstäbe allerdings erst durch die Benutzung. Erst der Reaktor macht aus harmlosem Material strahlenden Atommüll. Das habe ich Minister Röttgen nicht durchgehen lassen! Mit einer Kleinen Anfrage, die von vielen Medien aufgegriffen wurde, durch mit dem atompolitischen Sprecher der NRW-Landtagsfraktion abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit, mit einem Brief an Röttgen und der Befassung des Umweltausschusses mit der Thematik habe ich den Minister gezwungen sich seiner Verantwortung zu stellen. Er versprach eine Prüfung. Am 6. Dezember erklärte er, die ausstehende Unterschrift unter den Vertrag mit Russland vorerst nicht zu leisten. Glückwunsch, Herr Minister! Nach vielen atompolitischen Fehlentscheidungen endlich mal eine richtige! Die Castoren werden also bis zur „sicheren Endlagerung“ in Ahaus bleiben. Die Sicherheitslage in Majak wird sich nicht so verbessern lassen, dass der Export von Atommüll dorthin verantwortbar wird. Und unauffällig, wie ursprünglich geplant, lässt sich der Transport nicht mehr durchführen. Auf diese Weise kann Deutschland seinen strahlenden Müll nicht loswerden!

### *Was bleibt: die Suche nach einem Endlager!*

Auch Deutschland hat – wie Russland und alle anderen Länder der Erde – bisher kein Endlager. Anders als in manchen Ländern wird hier auch nicht gesucht. Das Festhalten an Gorleben legitimiert als Entsorgungsvorsorgenachweis die Laufzeitverlängerung. Zum Endlager wird Gorleben nicht werden – niemand, der sich mit der Geschichte und der Geologie Gorlebens befasst, kann daran ernsthaft glauben. Auch der Umweltminister nicht – falls er sich mit der Geschichte und der Geologie Gorlebens befasst. Die Aufgabe den bestgeeigneten Standort in Deutschland in einer transparenten vergleichenden Endlagersuche zu finden bleibt – vermutlich uns Grünen.



## Fritz Kuhn

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



# Zeit für eine umfassende grüne Industriepolitik

Seite 16

Der Bundeswirtschaftsminister strahlt, die deutsche Wirtschaft brummt wieder. Nach dem Rekordwachstum 2010 erwarten Experten auch 2011 einen kräftigen Anstieg des BIPs und deutlich weniger Arbeitslose. Bei aller Freude über die gute Entwicklung lohnt ein Blick auf die Qualität der Wirtschaftspolitik. Betrachtet man Brüderles Bilanz nach einem Jahr schwarz-gelb, verfliegt die gute Laune. Frei nach dem Motto „Ich denke nicht über die Zukunft nach, sie kommt früh genug“, ist seine Antwort auf alle Probleme Wachstum pur. Natürlich redet auch die Bundesregierung hier und da von den Chancen ökologischer Modernisierung. In Wahrheit bremst sie den Strukturwandel auf Jahre hin aus mit der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke.

### *Weichen jetzt stellen*

Doch künftiger Wohlstand kommt nicht von allein. Deutschland ist Industrieland und braucht moderne Industriepolitik. Wir stehen vor einem gigantischen Umbau unserer Industriegesellschaft hin zu einer ökologischen Wirtschaftsweise. Wir Grünen wollen, dass „Made in Germany“ künftig ein Label für ökologische Produktion ist. Entscheidend wird sein, ob die deutsche Industrie den Übergang zu einer ressourcen- und emissionsarmen Wirtschaftsweise meistert. Brüderle ignoriert, dass der künftige Erfolg deutscher Unternehmen von den politischen Weichenstellungen heute abhängt.

Ob Daimler oder Volkswagen auch morgen noch in aller Welt gefragt sind, liegt auch an den Rahmenbedingungen. Das heißt: Sorgen wir mit ehrgeizigen ökologischen Leitplanken der Märkte, umfangreichen Investitionen in FuE und Infrastruktur sowie Kaufanreizen dafür, dass Deutschland Leitmarkt für Elektromobilität wird? Oder überlassen wir die Führungsrolle bei dieser Schlüsseltechnologie Japa-

nern, Franzosen und Chinesen, die heute bereits Fahrzeuge kurz vor der Marktreife haben oder mit großzügigen Kaufprämien die Nachfrage fördern? Die schwarz-gelbe Bundesregierung jedenfalls engagiert sich allerhöchstens halbherzig in dieser entscheidenden industriepolitischen Frage. So wurde das neu aufgelegte Programm Elektromobilität in den Haushaltsberatungen einfach um 1,5 Mio Euro gekürzt. Die Koalition weigert sich, eine Kaufprämie für Elektroautos einzuführen, während auf den wichtigsten Automobilmärkten der Wettbewerb um das beste Elektroauto schon in Gang ist. Denn fast alle EU-Staaten, die USA, Japan und China haben bereits Kaufprämien aufgelegt.

### *Industrie ergrünt*

Traditionelle Industriepolitik setzt vor allem auf den Erhalt bestehender industrieller Strukturen. Wir haben einen anderen Ansatz, der nicht mit Steuergeldern konserviert, was keine Zukunft hat. Nur wer Ökonomie und Ökologie zusammen denkt, kann die deutsche Industrie zukunftssicher machen. Grüne Industriepolitik bedeutet nicht, einfach auf ein paar neue Zukunftstechnologien zu setzen. Das allein kann zwar schon viele Jobs schaffen und sichern. Die ökologische Modernisierung erfasst die gesamte Wirtschaft. Vom Maschinenbaubetrieb bis zum Großunternehmen der Chemieindustrie sind Material- und Energieeffizienz die großen Zukunftsthemen. Es muss unser Ziel sein, in allen Bereichen die effizientesten und intelligentesten Lösungen zu finden.

## Fritz Kuhn

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Mitglied Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227- 71896  
Fax 030 / 227- 76896  
[fritz.kuhn@bundestag.de](mailto:fritz.kuhn@bundestag.de)

## Wahlkreisbüro Heidelberg

**NEU !!** Poststraße 18-20  
69115 Heidelberg  
**NEU !!** Tel. 06221 / 91 466 20  
Fax 06221 / 91 466 22  
[fritz.kuhn@wk.bundestag.de](mailto:fritz.kuhn@wk.bundestag.de)  
[www.fritz-kuhn.de](http://www.fritz-kuhn.de)

Seite 17

Wir Grünen wollen die Strukturen schaffen, die diesem Anspruch genügen. Dafür setzen wir auf einen effektiven Ordnungsrahmen. Ein Mix aus Ordnungsrecht, marktwirtschaftlichen Instrumenten wie eine ökologische Steuerreform oder CO<sub>2</sub>-Zertifikate, aber auch Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher oder der Top-Runner-Ansatz sorgen dafür, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen.

### *Nein zur Wachstumsfixierung*

Grüne Industriepolitik gründet in dem Wissen um die Grenzen des Wachstums. Wachstum muss künftig mit einer Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen einhergehen. Damit stehen wir im schärfsten Widerspruch zur Wachstumstrunkenheit von Brüderle und seinen Kabinettskollegen. Wir können unsere Probleme nicht mit immer mehr Wachstum lösen. Weder mit Blick auf die Endlichkeit natürlicher Ressourcen. Noch mit Blick auf die soziale Frage. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sagt uns wenig über den tatsächlichen Wohlstand einer Gesellschaft. Während das BIP wächst, werden Luft und Wasser verschmutzt, natürliche Ressourcen unwiederbringlich aufgezehrt und biologische Vielfalt zerstört.

Ein wachsendes BIP bedeutet schon lange keinen Zuwachs an sozialer Gerechtigkeit mehr. Trotz Wachstums öffnet sich die Schere zwischen arm und reich. Das erzwingt einen neuen Blick auf die Frage der Staatsverschuldung. Wir gehen eine immense soziale Verschuldung ein, weil wir heute nicht ausreichend in eine gute Bildung für jedes einzelne Kind investieren. Darum brauchen wir einen modernen Investitionsbegriff, der auch Ausgaben

für Erzieher und Lehrerinnen als Investitionen erfasst.

Dennoch beruht unser heutiger Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell auf dem Zwang zu stetigem Wachstum. Die enorme Staatsverschuldung lässt sich so leichter in den Griff bekommen, die sozialen Sicherungssysteme lassen sich so leichter finanzieren. Langfristig stehen wir vor der Herausforderung, die strukturelle Abhängigkeit vom quantitativem Wachstum abzubauen. Wie das gehen kann, wird die von uns Grünen initiierte Enquete-Kommission zu Wachstum und Wohlstand im Deutschen Bundestag erkunden.



## Agnieszka Malczak

Sprecherin für Abrüstungspolitik



# Das neue strategische Konzept der NATO - eine Schlappe für die Abrüstungspolitik

Seite 18

Im November wurde auf dem NATO-Gipfel in Lissabon das neue strategische Konzept verabschiedet, das die Grundlage für die künftige Ausrichtung des transatlantischen Verteidigungsbündnisses bilden soll. Mit diesem Papier zeigt die NATO vor allem eins: Nämlich dass sie unfähig ist, ihrem eigenen Anspruch als Sicherheitsallianz für den Frieden gerecht zu werden. Abgesehen von ein paar warmen Worten und substanzloser Ankündigungspolitik fällt ihr zum Thema Abrüstung nichts ein. Konkrete Schritte in Richtung atomwaffenfreie Welt? - Fehlanzeige! Das Bekenntnis zu „global zero“ bleibt im strategischen Konzept der NATO eine bloße Worthülse. Daran ist auch die Bundesregierung schuld, die abrüstungspolitisch viel zu zaghaft und unkoordiniert agiert. Dabei hat Außenminister Westerwelle - mangels anderer außenpolitischer Akzente - das sympathieträchtige Thema Abrüstung zu seinem Steckenpferd gemacht. Nach den Luftsprüngen über Deutschlands Sitz im Sicherheitsrat hätte er bei der Entscheidung über das neue strategische Konzept der NATO nun beweisen können, dass er Weltpolitik auch kann und sein Eintreten für Abrüstung nicht nur eine Luftnummer ist.

### *Atomraketen und Raketenschild – Doppelte Pleite für Schwarz-Gelb*

Doch wie zu erwarten war, bewiesen der Außenminister und die Bundesregierung wieder einmal Zuverlässigkeit im Versagen. Schwarz-Gelb ist gnadenlos damit gescheitert, den Auftrag des Deutschen Bundestages, sich in der NATO für nukleare Abrüstung und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen, zu erfüllen. CDU und FDP haben den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland im Koalitionsvertrag absichtlich an die neue NATO-Strategie gekoppelt, um danach mit dem Finger auf andere zeigen zu können. Nun deutet alles darauf hin, dass die US-Atomwaffen in Deutschland bleiben werden. Derweil vergibt die Bundesregierung einen Blankoscheck für ein Raketen-

abwehrsystem, von dem niemand weiß, ob es funktioniert, wie teuer es wird und wer am Ende darüber entscheidet, wann es zum Einsatz kommt. Die Schnäppchenrechnung des NATO-Generalsekretärs Rasmussen, der Abwehrschild würde nur etwa 200 Millionen Euro kosten, sorgt sogar bei den Befürwortern dieses Systems für Gelächter. Experten rechnen mit Gesamtkosten in Milliardenhöhe. Es geht hier aber nicht nur um Geld. Das Raketenabwehrschild ist vor allem friedenspolitisch hochproblematisch, denn es birgt die Gefahr eines weltweiten Wettrüstens, insbesondere in einer Zeit, in der die globale Machtverteilung durch aufstrebende Mächte neu bestimmt wird. Raketenabwehr vermittelt ein falsches Gefühl von Sicherheit in einer hochgerüsteten Welt und täuscht über die Notwendigkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle hinweg. Atomraketen und Raketenschild – das ist die Formel für die doppelte Pleite von Schwarz-Gelb in der Abrüstungspolitik.

### *Kaum versprochen, schon gebrochen*

Die Koalition ist auf dem besten Weg, ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag für ein atomwaffenfreies Deutschland zu brechen. In puncto nukleare Abrüstung haben wir von der Bundesregierung viel gehört, aber nichts gesehen. Was sie von Investitionen in Frieden und Stabilität hält, zeigt die Koalition in ihrem Haushalt: Im Kahlschlag wurden die Maßnahmen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung um ein Drittel von 60,9 Mio. auf 41,8 Mio. Euro gekürzt. Dabei hat dieser kleine Posten eine große Wirkung. Ihn zu verstümmeln ist das Gegenteil von zukunftsgerichteter Politik und wird uns letztendlich teuer zu stehen kommen. Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon hätten die Weichen dafür gestellt werden müssen, dass Deutschland atomwaffenfrei wird und das Bündnis, das über die meisten Atomwaffen verfügt, endlich

**Agnieszka Malczak**  
Sprecherin für Abrüstungspolitik  
Mitglied Verteidigungsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227- 71570  
Fax 030 / 227- 76195  
[agnes.malczak@bundestag.de](mailto:agnes.malczak@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Ravensburg**  
Kornhausgasse 3  
88212 Ravensburg  
Tel. 0751-3593966  
[agnes.malczak@wk.bundestag.de](mailto:agnes.malczak@wk.bundestag.de)  
[www.malczak.de](http://www.malczak.de)

Seite 19

abrüstet. Die Bundesregierung muss daher ihre Zustimmung zum Raketenabwehrsystem auf dem NATO-Gipfel zurückziehen. Sie muss klar machen, dass sie es ernst meint, die nukleare Teilhabe zu beenden und konkrete Schritte in diese Richtung unternehmen, indem sie keine Tornado-Kampffjets und Soldaten mehr für einen möglichen Atombombenabwurf zur Verfügung stellt.

### *Abrüstung in den Mittelpunkt stellen!*

Die NATO befindet sich weiterhin auf der großen Sinnsuche, die auch mit ihrem dritten strategischen Konzept seit dem Ende des Kalten Krieges kein Ende findet. .... Das Bündnis, dessen Gegner – der Warschauer Pakt - sich von selbst aufgelöst hatte, hält Ausschau nach neuen Bedrohungen, um sein Fortbestehen zu legitimieren. Die bisher folgenreichste Ausweitung seiner Aufgaben erfolgte nach dem 11. September 2001 im Irrglauben, den internationalen Terrorismus militärisch bekämpfen zu können. Inzwischen betrachtet die NATO auch die Sicherung der Energieinfrastruktur und den den Schutz von Handelswegen als ihr Aufgabenfeld. Neue globale Bedrohungen wie Cyberattacken, Ressourcenkonflikte, die Auswirkungen des Klimawandels oder terroristische Übergriffe lassen sich von einem hoch gerüsteten Militärbündnis jedoch nicht lösen. Im Gegenteil, hier braucht es zivile Antworten im Rahmen anderer Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Es geht um nachhaltige Antworten und nicht um bloße Symptombekämpfung, schon gar nicht mit militärischen Mitteln. Der NATO-Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags darf deshalb auch nicht auf Internet-Attacken ausgeweitet werden.

Statt mit der Raketenabwehr und dem Aufbau von Fähigkeiten in der Cyber-Kriegsführung die Aufrüstungspirale anzutreiben, muss die NATO endlich aufhören, Abrüstung und Rüstungskontrolle zu verhindern. Als sich ständig erweiterndes, hochgerüstetes Verteidi-

gungs- und Interventionsbündnis muss die NATO ihren Beitrag für die weltweite Abrüstung im nuklearen wie im konventionellen Bereich leisten. Die drastische konventionelle und nukleare Überlegenheit der USA und der NATO sind Teil heutiger Sicherheitsprobleme. Sie schürt Misstrauen und Ängste, die wiederum zu Spannungen und Aufrüstung führen. Nur durch konsequente und umfassende Abrüstung und Rüstungskontrolle kann das für einen nachhaltigen internationalen Frieden nötige Vertrauen geschaffen werden. Die Allianz muss es sich zur Aufgabe machen, sowohl im nuklearen wie auch im konventionellen Bereich verbindliche und überprüfbare Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Waffenhandelsvereinbarungen zu erfüllen.

### *Die Abschreckungsdoktrin und nukleare Teilhabe endlich beenden!*

Das Bündnis muss seine Nuklearpolitik grundlegend überarbeiten, um den weltweiten Konsens über die nukleare Nichtverbreitung zu stärken und die im Atomwaffensperrvertrag vereinbarten Anstrengungen der Atomwaffenstaaten um allgemeine und vollständige Abrüstung zu unterstützen. Es ist an der Zeit, dass die NATO die strategische Bedeutung von Atomwaffen reduziert, ohne dass im Gegenzug konventionelle Abschreckung und Raketenabwehrsysteme aufgewertet werden. Dies schließt den Verzicht auf die nukleare Ersteinsatzoption und die Drohung eines Atomwaffeneinsatzes gegen Nichtatomwaffenstaaten mit ein. Das Bündnis muss seine gefährliche Abschreckungsdoktrin und das längst überholte Prinzip der nuklearen Teilhabe endlich aufgeben. Die Vision einer atomwaffenfreien Welt wird erstmalig auch von den USA unterstützt. Schaffen es die NATO-Staaten nicht, konsequent abzurüsten, zeigen sie, dass sie meilenweit davon entfernt sind, ein Bündnis für Frieden und Sicherheit zu sein.



## Beate Müller-Gemmeke

Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

### Grünes Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz

Seite 20

Die Skandale sind allseits bekannt: Die Bespitzelung von Mitarbeiter\_innen, heimliche Videoüberwachung, systematische Überprüfung des E-Mail-Verkehrs, unzulässige Tests und Fragen nach dem Gesundheitszustand und allgemein ein viel zu laxer Umgang mit sensiblen persönlichen Daten von Beschäftigten haben immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Die Notwendigkeit der Einführung von bereichsspezifischen Bestimmungen zum Beschäftigtendatenschutz wird bereits seit den 1980er Jahren diskutiert. Vor dem Hintergrund dieser Diskussion und den Datenschutzskandalen der letzten Jahre ist ein besserer Schutz der Beschäftigten unumgänglich, denn die gesetzlichen Regelungen reichen nicht aus. Die Situation beim Beschäftigtendatenschutz ist unbefriedigend, unübersichtlich, uneinheitlich und alarmierend.

#### *Geplant ist nicht mehr, sondern weniger Schutz*

Mittlerweile liegt endlich ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Auch wenn die Bereitschaft des Bundesinnenministeriums sich diesem Themenfeld endlich zuzuwenden grundsätzlich positiv zu bewerten ist, kann der von der schwarz-gelben Bundesregierung bislang vorgelegte Kabinettsentwurf nur kritisch bewertet werden. Aus unserer Sicht bietet er nicht die erforderlichen Verbesserungen für Beschäftigte gegenüber der geltenden Praxis. So verkennt er die gestiegenen Risiken der Informationstechnologie für die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer\_innen und bietet deshalb insgesamt keinen höheren Schutz vor Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz. Es scheint als hätte die Bundesregierung dem Druck der Unternehmen nicht Stand gehalten. Zu Recht stößt der Entwurf auf große Kri-

tik aus allen Richtungen, selbst unionsregierte Länder kritisierten die vorgesehenen Regelungen als nicht ausreichend. Er ist zu einseitig arbeitgeberfreundlich, bürokratisch und unverständlich.

Der vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung legalisiert anlasslose Rasterfahndung ganzer Belegschaften. Das bringt den Beschäftigten nicht mehr, sondern weniger Schutz ihrer Daten als zuvor – effektiver Datenschutz sieht anders aus. Verbote, die durch lange Ausnahmelisten konterkariert werden, geben den Beschäftigten keinen Schutz. Durch den Entwurf der Bundesregierung könnten in nahezu jeder Ecke von Betrieben Kameras aufgehängt werden. Ein Kameraverbot in Umkleieräumen ist keine neue Errungenschaft. Das ist bereits nach jetziger Rechtslage verboten und wirft sogar strafrechtliche Fragen auf. Auch die Unsicherheit über mögliche Ausspähung von E-Mails und Internet bliebe erhalten. Das wollen und dürfen wir nicht zulassen. Zudem ist der Entwurf ein unverständliches und bürokratisches Monstrum, das nicht einmal mehr für Juristen nachvollziehbar ist.

#### *Echte Verbesserungen sind notwendig*

Kritik allein reicht aber nicht. Zusammen mit Konstantin von Notz habe ich nun ein eigenes grünes Beschäftigtendatenschutzgesetz verfasst und über die Sommerpause öffentlich in einem Blog diskutiert. Dabei haben wir einen neuen und innovativen Weg gewählt, der den Ansprüchen an ein solches Vorhaben auch gerecht wird. Statt einfach nur einen

## Beate Müller-Gemmeke

Sprecherin für Arbeitnehmerrechte  
Mitglied Ausschuss Arbeit und Soziales  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227- 73041  
Fax 030 / 227- 76041  
[beate.mueller-gemmeke@bundestag.de](mailto:beate.mueller-gemmeke@bundestag.de)

## Wahlkreisbüro Reutlingen

Wilhelmstr. 89  
72764 Reutlingen  
Tel. 07121 / 9092411  
Fax 07121 / 9943186  
[beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de](mailto:beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de)  
[www.mueller-gemmeke.de](http://www.mueller-gemmeke.de)

Seite 21

ausgearbeiteten Gesetzestext vorzulegen, haben wir Gewerkschaften und Organisationen und natürlich vor allem die Grünen Mitglieder frühzeitig und transparent in die Diskussion mit einbezogen. Unter [www.beschaeftigten-datenschutz.de](http://www.beschaeftigten-datenschutz.de) stellten wir den Entwurf öffentlich zur Diskussion und nahmen Kommentare, Kritik und Anregungen auf. Diese Form der Diskussion haben wir bewusst gewählt, denn wir wollen mehr Transparenz und Partizipation der Bürger\_innen bei diesem für viele so wichtigen Gesetz. Der so entstandene überarbeitete Gesetzentwurf löst viele Probleme, die die Bundesregierung ignoriert oder gar verschlimmert.

Anstelle eines Kapitels im Bundesdatenschutzgesetz, das Ausnahmeregelungen aufweist, fordern wir ein eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz, denn die Beschäftigten stehen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber. Ein eigenständiges Gesetz soll auch alle Grauzonen schließen und allen Beteiligten klar machen, welche Rechte und Pflichten sie haben. Insbesondere darf die Nutzung von Daten nicht an die Einwilligung der Beschäftigten gekoppelt werden, wie es im Bundesdatenschutzgesetz geregelt ist. Darüber hinaus fordern wir ein Klagerecht für Betriebsräte und Gewerkschaften.

Im Gegensatz zur Bundesregierung fordern wir konkret in unserem Gesetz:

- Eine strikte Begrenzung der Videoüberwachung und eine klare Absage an den Einsatz von Kameras zur Verhaltens- und Leistungskontrolle von Beschäftigten.
- Eine glasklare Regelung, dass bei einer geduldeten privaten Nutzung von E-Mails, Internet und Telefon im betrieblichen Kontext eine Inhaltskontrolle ausgeschlossen bleibt.

- Eine Begrenzung der ausgefertigten Praxis betrieblicher Rasterfahndungen („Screening“) auf konkrete Verdachtsfälle von Korruptionsstraftaten.
- Erweiterte Mitspracherechte bei der Erarbeitung und Durchsetzung von beschäftigtendatenschutzrechtlichen Regelungen für Betriebsräte und betriebliche Datenschutzbeauftragte.

Unser Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, das Vertrauen der Beschäftigten in die Geltung und Durchsetzung ihrer Grundrechte am Arbeitsplatz zurückzugewinnen. Der misslungene und arbeitgeberfreundliche Entwurf der Bundesregierung ist in diesem Sinne nicht akzeptabel. Deshalb werden wir weiterhin engagiert für einen effektiven, grundrechtsschützenden Beschäftigtendatenschutz kämpfen. Im Gegensatz zu der Bundesregierung geht es uns tatsächlich um den Schutz der Arbeitnehmer\_innen und deren Persönlichkeitsrechte. Im neuen Jahr werden wir das grüne Beschäftigtendatenschutzgesetz neben den Gesetzesentwurf der Bundesregierung stellen, denn Verstöße gegen den Datenschutz in Unternehmen sind keine Kavaliersdelikte!



## Gerhard Schick

Sprecher für Finanzpolitik



### **Irland-Rettung: Keine nachhaltige Lösung**

Seite 22

Mit dem Fall Irlands hat die die Finanz- und Schuldenkrise eine neue Etappe genommen: Ein Hilfspaket in Höhe von 85 Mrd. Euro mussten IWF und EU schnüren, um den Inselstaat vorm Staatsbankrott zu bewahren und ein Übergreifen der irischen Probleme auf andere Länder wenigstens kurzfristig zu vermeiden. Deutschland trägt davon rd. 11 Mrd. Euro. Irland selbst plündert seine Rentenkasse und finanziert damit 17,5 Mrd Euro des eigenen Rettungsfonds. Insgesamt reicht das Geld aus, um das Land knapp drei Jahre „durchzufinanzieren“, also unabhängig vom Kapitalmarkt, seinen Investoren und Spekulanten zu machen. Über ein Drittel des Hilfspakets fließt in die irischen Banken, der Rest in den Staatshaushalt.

#### ***Was lief schief in Irland?***

Wir erinnern uns: Irland galt mit seinen Rekord-Wachstumsraten viele Jahre als Modell und Musterland. Guido Westerwelle und seine FDP haben „den irischen Tiger“ sogar als Vorbild für Deutschland empfohlen. Doch die neoliberale Strategie, mit Niedrigsteuersätzen, Deregulierung und lascher Finanzaufsicht Unternehmen und Banken aus aller Welt anzulocken, zeigt nun ihren wahren Preis. Deutschland zahlt dabei nicht zum ersten Mal: Mit der Depfa, einer Tochter der Hypo Real Estate, rettete Deutschland letztlich eine irische Bank und erlebt damit die bisher teuerste Bankenrettung. Auch die außerbilanziellen Zweckgesellschaften der Landesbanken mit ihren Milliardenverlusten hatten ihren Sitz in Dublin – der laxen Finanzmarktregeln und -aufsicht wegen.

Heute ist der marode irische Bankensektor mehr als achtmal so groß wie die jährliche irische Wirtschaftsleistung und damit völlig überdimensioniert. Mit der vollständigen Garantie für seine angeschla-

genen Banken hat sich der irische Staat damit finanziell völlig übernommen. Die Folge: In diesem Jahr beträgt das Defizit in Irland voraussichtlich über 30 Prozent. Das ist zehnmal so viel wie die Maastricht-Grenze erlaubt. Deswegen bekamen viele Investoren Zweifel, ob Irland seine Schulden zukünftig vollständig bedienen kann. Deswegen räumten Einleger ihre irischen Konten und zogen Milliardensummen ab – was die Bankenprobleme weiter verschärfte.

#### ***Keine nachhaltige Lösung***

Das Rettungspaket für Irland ist keine Lösung. Die Probleme wurden nur vertagt, wenn nicht sogar verschlimmert. Nach Berechnungen des Ökonomen Barry Eichengreen wird Irland damit künftig zehn Prozent seines Volkseinkommens für die Bedienung der Schuldenlast aufbringen müssen – viel zu viel, um der Schuldenfalle noch entkommen zu können.

Zu dieser Misere hat das jetzt verabschiedete Rettungspaket sogar beigetragen: Mit dem viel zu hohen Zins von 5,8% für die Hilfskredite treiben die „Helfer“ der EU das Land vielmehr weiter in die Überschuldung. Ein fairer Neustart wird verhindert, die Lasten für die irische Bevölkerung unnötig erhöht. Dieser „Strafzins“, den auch die schwarzgelbe Bundesregierung einforderte, widerspricht im übrigen der Praxis des IWF, Hilfskredite mit niedrigen Zinsen zu versehen, um die Erfolgchancen von Hilfsprogrammen nicht zu unterminieren. Auch die Investoren an den Märkten sind vom Erfolg des Programms nicht überzeugt, deshalb haben sich die Rekord-Aufschläge auf irische Anleihen auch nach den Hilfszusagen kaum bewegt.

## Gerhard Schick

Sprecher für Finanzpolitik

Mitglied Finanzausschuss

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227- 74535

Fax 030 / 227- 76656

[gerhard.schick@bundestag.de](mailto:gerhard.schick@bundestag.de)

## Wahlkreisbüro Mannheim

Waldhofstraße 4

68169 Mannheim

Tel. 0621 / 4017252

Fax 0621 / 4018469

[gerhard.schick@wk.bundestag.de](mailto:gerhard.schick@wk.bundestag.de)

[www.gerhardschick.net](http://www.gerhardschick.net)

## GRÜNE Antworten

Das Sparprogramm, das Irland nun schultern soll, ist gigantisch und wird die Rezession dort verschlimmern: Umgerechnet hieße es für Deutschland, rd. 225 Mrd. Euro einzusparen – das ist nahezu ein kompletter jährlicher Bundeshaushalt! Man stelle sich vor, was eine solche Sparorgie für die deutsche Konjunktur bedeuten und für Proteste hierzulande auslösen würde. Zumal Irland den Rotstift vor allem im Sozialhaushalt, im öffentlichen Dienst und bei den Renten ansetzt. Damit zahlen erneut die Schwachen für die Krise.

Vor allem aber ist endlich eine europäische Perspektive nötig. Die Lehren aus der irischen Strategie des Steuerdumpings sind bisher nicht gezogen worden. Die Bundesregierung hat auch in diesem Punkt schlecht verhandelt, denn sie hat ihre Hilfszusagen nicht von Zugeständnissen Irlands in der Frage der Unternehmensbesteuerung abhängig gemacht. Dabei könnte auch ein Rolle gespielt haben, dass gerade auch deutsche Großunternehmen Irland intensiv für Steuergestaltungen nutzen.

Nun muss es darum gehen, eine gemeinsame Steuerpolitik für die EU zu entwickeln.

Ziel müssen gemeinsame Mindeststeuersätze bei der Unternehmensbesteuerung sein, und zwar nicht nur in Irland. Es darf künftig keine nationalen Wachstums- und Standortstrategien mehr geben, die wie in Irland darauf basieren, über unfairen Steuerwettbewerb Vorteile gegenüber anderen Ländern Europas zu haben.

Genauso wenig dürfen wir akzeptieren, dass eine Finanzaufsicht vorsätzlich nicht richtig durchgreift, denn das kommt alle Beteiligten langfristig teuer zu stehen, wie die jetzige Krise zeigt. Vor allem wäre

es richtig gewesen, die Aufsicht über grenzüberschreitend operierende Institute vollständig auf die europäische Ebene zu verlagern. Doch hier haben einige EU-Mitgliedstaaten blockiert, darunter übrigens auch Deutschland.

### *Irland und kein Ende?*

Die europäische Schuldenkrise ist auch nach dem Rettungspaket für Irland noch in vollem Gange. So erreichen die Risikoaufschläge für Länder wie Portugal und Spanien immer neue Rekorde, und die reale Gefahr besteht, dass der EU-Rettungsschirm nicht für alle diese Länder ausreichen wird. Um die Euro-Krise noch abzuwenden, muss Angela Merkel endlich auf ein glaubhaftes Signal europäischer Geschlossenheit hinarbeiten. Europa wird nur dann aus dieser Krise kommen, wenn die Europäer gemeinsam handeln und nicht wie die Regierung Merkel oder auch die irische Regierung sich an den nationalen Wahlterminen und Stimmungslagen orientieren. Dazu gehört, den Weg für Euro-Anleihen, für die die Gemeinschaft gemeinsam haftet, endlich freizumachen. Denn diese ermöglichen, richtig ausgestaltet, zum einen, dem Dominoeffekt zu entkommen, wonach ein Staat nach dem anderen in Schwierigkeiten kommt und letztlich auch Deutschland zu schwach wäre, alle europäischen Schulden zu tragen. Denn bei den Eurobonds steht europäischen Schulden die europäische Wirtschaftsleistung insgesamt gegenüber. Zum anderen würden die Finanzierungskosten der überschuldeten Staaten sinken. Damit entkommen die hoch verschuldeten Staaten dem Teufelskreis, dass bei steigenden Zinsen die Verschuldung steigt und die Investoren angesichts steigender Schulden höhere Zinsen verlangen.



## Südwest Grün



SÜDWEST GRÜN erscheint ca. 4 x mal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsabgeordneten von unserer Arbeit. Es wird als pdf-Datei versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will: bitte E-Mail an [sylvia.kotting-uhl@wk2.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk2.bundestag.de)  
Betreff: *Abo Südwest-Grün*

Ältere Ausgaben der 17. Wahlperiode unter:  
[www.kotting-uhl.de/cms/default/rubrik/18/18048.suedwestgruen.html](http://www.kotting-uhl.de/cms/default/rubrik/18/18048.suedwestgruen.html)

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so

oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“ und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit.

## Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Sylvia Kotting-Uhl MdB (Landesgruppensprecherin)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030/227-74740

Fax 030/227-76742

E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de)

Redaktion: Ingrid Behner

Mehr aus der Bundestagsfraktion unter

**[www.gruene-fraktion.de](http://www.gruene-fraktion.de)**

Südwest Grün Dezember 2010

